

30. / III. 1916.

Aus der Sozialdemokratie.

Haase und sein Wahlkreis. Gegen den Abg. Haase-Königsberg, der der einzige sozialdemokratische Vertreter für Ostpreußen im Reichstag ist, wendet sich die „Königsberger Volkszeitung“, die den Untertitel führt: „Sozialdemokratisches Organ für Ostpreußen.“ In einem S. M. unterzeichneten Artikel — der verantwortliche Redakteur heißt Hans Mittwoch — schreibt die „Königsberger Volkszeitung“ wörtlich:

„Niemand haben die 20 Genossen, die heute der sozialdemokratischen Fraktion nicht mehr angehören, einen größeren Gefallen getan, als der Bourgeoisie und der äußersten Rechten in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Nun, da 20 Stimmen fehlen, werden Genossen wie Hoch und Antrid, die in den meisten Fragen sachlich mit dem Genossen Haase übereinstimmen, in der Fraktion ihren Willen noch viel schwerer durchsetzen können, wie es möglich gewesen wäre, wenn die Winderheit der 20 in der Fraktion geblieben und sich nicht dem Fraktionszwang entzogen hätte. Wir halten es für bedauerlich, daß es dahin kam, daß einem Teil der sozialdemokratischen Abgeordneten wegen ihrer Verstöße gegen die Fraktionsdisziplin die „Rechte“ entzogen werden mußten, die aus ihrer Fraktionszugehörigkeit stammten, weil wir bei den Abstimmungen innerhalb der Fraktion auch ihre Anwesenheit für möglich halten und eine Verschiebung der Fraktionsmehrheit nach rechts bedauern. Aber verstehen kann man den Beschluß der Fraktion, den eine Fraktion ohne Fraktionszwang ist wie ein Messer ohne Heft und Klinge, sie ist inhaltlos. Wenn jedes Fraktionsmitglied stimmen kann, wie es will, braucht es keine Fraktionsstimmungen zu geben. Arbeitsgemeinschaften, in denen sich der einzelne der gemeinschaftlichen Aktion entziehen kann, sind ein völliger Widerspruch, ein Unding, eine Karikatur. Wer die Rechte aus der Fraktionszugehörigkeit beansprucht, muß auch die sich aus ihr ergebenden Pflichten erfüllen.“

Eine Drohung der „Leipziger Volkszeitung“. Auf den Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes „Schützt die Partei, schließt die Reihen“ antwortet, wie uns aus Leipzig gebracht wird, die radikale „Leipz. Volksztg.“ mit der Drohung: „Die Mehrheit mag an die eigene Brust klopfen und mag sich hüten, sich vom Zorne zu vorhastigen Maßnahmen führen zu lassen, die schwer wieder gut zu machen wären, die weiteres Unheil gebären könnten. Will der Parteivorstand mit Ausschlußmaßnahme vorgehen, wie der Beschluß des Parteiaususses fast vermuten läßt? Wir warnen vor dem Betreten dieses unheilvollen Weges. Noch ist der Weg zur Einheit der Partei nicht versperrt, aber politische Maßnahmen des Parteivorstandes könnten es.“

Ein neuer „Spartacus“-Brief. In einem vom 9. März datierten „politischen Brief“ Nr. 4 macht der radikale Reichstagsabgeordnete, der sich „Spartacus“ nennt, Mitteilungen über starke Gegensätze innerhalb der Berliner „Opposition“. Spartacus schreibt wörtlich — wir lassen drei Absätze fort: „Innerhalb der Berliner „Opposition“ bestanden seit Anbeginn starke prinzipielle und taktische Meinungsverschiedenheiten, die sich in den letzten Monaten immer deutlicher herausbildeten und in Anknüpfung an den 21. Dezember und die Beschädigung der Schweizer Februar-Konferenz zuspitzten. Im Februar d. J. vollzog sich eine Auseinandersetzung, die damit endete, daß eine Anzahl Genossen die weitere Zusammenarbeit mit uns ablehnten, mit uns, d. h. mit den Teilnehmern an der Januarbesprechung und denen, die hinter den „Leitsätzen“ und ihrer Versendung nach Bern sowie den Spartacusbriefen stehen. Folgende Punkte spielten bei der Auseinandersetzung die Hauptrolle: Die erwachten Genossen, mit denen wir uns im Sommer 1915 zur Erledigung gewisser Angelegenheiten zusammengefunden hatten, beanspruchten, daß sie als ausschließliche Vertretung der Groß-Berliner „Opposition“ anerkannt würden, daß sie und sie ausschließlich durch Majoritätsbeschluß über alle Aktionen zu bestimmen hätten, daß keine selbständige Betätigung der verschiedenen unter ihnen vertretenen Anschauungen zulässig sei, auch dort nicht, wo es sich um wichtige und grundlegende Meinungsverschiedenheiten handelt; sie erachteten sogar die Zusammenkünfte unserer engeren Gönnerfreunde und ihre Verständigung über die großen politischen Probleme für unzulässig. Sie stellten als Ziel der „Opposition“ auf, die Mehrheit auf dem Parteitag zu erlangen; erst dann sei an die Klärung und Entscheidung jener Probleme zu gehen, bis dahin müßten alle Differenzen in der „Opposition“ zurückerzogen werden. . . . Inzwischen sind u. a. die Vertrauensleute der „Opposition“ im Kreise Teltow-Beeslow einmütig auf unsere Seite getreten, ebenso die Parteiorganisation von Spandau. Die Scheidung der Geister vollzieht sich über ganz Groß-Berlin in für uns erfreulicher Weise. Ein ähnlicher Prozeß wie in Groß-Berlin vollzieht sich in anderen Teilen Deutschlands im Schoße der „Opposition“.“

Der französische Sozialist Hervé über Haase, Liebknecht und Genossen. Aus Zürich meldet uns ein eigener Drahtbericht: Das Echo, das die Sezession der 18 deutschen Sozialisten in der französischen Presse findet, dürfte diesen zeigen, daß sie es den französischen Sozialisten nicht recht machen können. So urteilt Gustave Hervé in der „Victoire“: „Es fehlt in der deutschen Sozialdemokratie an einem kräftigen und entschlossenen Mann, der sich auch dem Risiko aussetzen muß, erschossen zu werden, wenn er nämlich die Freiheit und Souveränität der Nationen proklamiert hätte. Nur dann hätte die Sezession einen Sinn gehabt. So aber glauben wir nicht, daß sich im Gehirn und in der Seele Deutschlands irgend eine Aenderung vollzogen hat. In den Reden der Haases und Liebknechts suche ich seit 19 Monaten vergeblich einen rein republikanischen Geistesfunken und auch nur die leinsten Anzeichen eines revolutionären Geistes. Im Schwerte des Generals Castellnu ist mehr revolutionärer Geist als in den vereinigten Gehirnen der 18 deutschen Sozialdemokraten, die sich von der Hauptmasse getrennt haben.“

Verschiebung der Konferenz der „Zimmerwalder“. Aus Bern wird der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet: Nach der „Tagwacht“ ist die von der in Zimmerwald begründeten Sozialistischen Kommission für Anfang April nach Holland einberufene internationale Konferenz verschoben worden. Sie wird wahrscheinlich erst in der zweiten Maiwoche im Haag zusammentreten.